

*- mit uns -
gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung
für gleiche Rechte und für gleiche Privilegien für alle*

1. MÄRZ



TRANSNATIONALER MIGRANT_INNENSTREIK

**Ein Reader zur Geschichte des 1. März
und den Protesten im Jahr 2011**

erstellt von www.no-racism.net

Aktivitäten am 1. März 2011 in Wien

Dezentrale Aktionen

Den ganzen Tag über

16:00 Lärmdemo

Vom Asylgerichtshof, Laxenburger Straße 36, 1100 Wien, Richtung Viktor-Adler-Markt

17:00 Kundgebung Viktor Adler Markt, 1100 Wien

mit Musik von Düzgün Çelebi, Item7, HOR „29 Novembar“, Daniel, Kid Pex, Vlada Divljan&Fatal Kissuti mit Songs von Idoli

mit Redebeiträgen zu Arbeit und Gewerkschaften, Asyl und Legalisierung, Bildung und Jugend, Krise und sozialer Frage, Sexismus, Rassismus und Antirassismus sowie zum neuen Fremdenrechtspaket

mit Live-Schaltungen nach Italien und Frankreich

Afterpartys nach der Kundgebung:

* ATIGF: Wielandgasse 2-4, 1100 Wien mit DJs & Vokü - <http://www.atigf.org>

* planet 10: Pernerstorfergasse 12, 1100 Wien. - Party um die Ecke/party around the corner @ planet 10 mit mexikanischem Essen, Tombola, Demovisuals und Auflegerei/Dj's: 'what the fuck is balkan!' und 'forget romeo and juliet' <http://planet10wien.wordpress.com>

6 - 24h: Migrant_innenstreik

im boem: 1160, Koppstraße 26

Die migratischen Arbeitskräfte streiken am 1. März vor dem Betrieb und ihre Arbeit wird von Mehrheitsleuten übernommen.

<http://boem.postism.org>

Betriebsversammlungen

Folgende Betriebsräte haben am 1. März zu einer Betriebsversammlung aufgerufen.

- Verein Wiener Jugendzentren
- Die Grünen Wien
- HO & RUCK Gebrauchtmöbel Gemeinnützige GmbH, Innsbruck
- Kulturrat Österreich und die darin organisierten Interessenvertretungen halten eine Kunst/Kultur/Medien-"Betriebs"versammlung ab.
- Interface Wien (am 2. März)

Aktionen: "Streikhunger"

Alte und aktuelle Compañer@s der Kantine im Museumsquartier, sowohl der Küche als auch des Servierpersonals, nehmen am transnationalen Streik der MigrantInnen am 1. März 2011 teil. In der Gastronomie sind viele MigrantInnen tätig, oft informell. An diesem Tag "streikt" das Personal symbolisch, sie kochen für sich und nicht für die Gäste. Sie treffen sich im Kochklub Kühn (www.kochklub.at) sowohl zu Mittag als auch am Abend, je nach Belegschaft, da sie trotzdem an diesem Tag in der Kantine arbeiten.

Hier ein Dankeschön an den Kochklub!

<http://tid.nextroom.at>

IG Bildende Kunst legt die Arbeit nieder

Gumpendorfer Straße 10-12, 1060 Wien

„Ausschluss Basta! Transnationaler Migrant_innenstreik! Wir legen die Arbeit nieder! Die IG BILDENDE KUNST schließt am 1. März um 16:30 Uhr und ruft auf, um 17 Uhr zur Kundgebung am Viktor Adler Markt in 1100 Wien zu kommen. Gegen Rassismus. Sichtbarkeit und Solidarität. Die Zukunft sind wir alle!“

www.igbildendekunst.at

Diskussion: Undokumentiertes Arbeitsleben von Studentinnen aus Drittstaaten in Wien

20h Wipplingerstr. 23, 1010 Wien

Im Rahmen des Prekär Cafés am 1. März, dem Tag der transnationalen Migrant_innenstreiks, wollen wir uns mit der Situation von Studierenden aus Drittstaaten, die illegalisiert und undokumentiert in Wien arbeiten, beschäftigen. Wir haben mit Studentinnen gesprochen und ihre Berichte und Erzählungen mit der aktuellen Gesetzeslage verknüpft. Die Aussagen der Frauen zeigen, dass mit der faktischen Unmöglichkeit in Österreich als Studentin mit Drittstaatsbürger_innenschaft legalisiert zu arbeiten, nicht nur finanzielle Probleme einhergehen. Sexuelle Belästigung, Abhängigkeit von der Familie und permanenter Druck sind fixe Bestandteile ihres prekären Lebens in Wien. Wir möchten ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit der aktuellen Gesetzgebung verstehen und sichtbar machen.

Anschließend Solifest.

Nähere Infos: <http://www.prekaer.at>

AUSSCHLUSS BASTA!
1. MÄRZ ~~Ø~~
**TRANSNATIONALER
MIGRANT_INNENSTREIK**
FÜR GLEICHE RECHTE! GEGEN RASSISMUS!

Am 1. März 2011 organisieren sich weltweit Migrant_innen gegen soziale Ausschlüsse, Diskriminierung und Rassismus. Angefangen haben diese transnationalen Proteste im Jahr 2006 mit einem Streik von Migrant_innen in den USA und seither weiten sie sich aus. Auch 2011 werden in einigen der reichsten Länder der Welt viele Arbeitnehmer_innen zusammenkommen, protestieren und streiken. An diesem Tag wollen wir in Österreich den Grundstein für einen breiten Zusammenschluss legen, um eine Wende der Politik gegenüber Migrant_innen einzuleiten.

Wir kommen als Arbeiter_innen und als Familienangehörige, Studierende und Menschen ohne Papiere, Lehrende und Sexarbeiter_innen, Flüchtlinge und Ärzt_innen, Pflegekräfte und Familienangehörige, Au-Pairs und Fachkräfte. Wir leben hier seit Jahren, Jahrzehnten, manchmal seit Generationen. Wir sind in Kindergärten, Schulen und in den Universitäten, am Bau und an den Maschinen, in Krankenhäusern und Pflegeanstalten, Privathaushalten und Bordellen, Supermärkten und Büros. Wir haben alle Geschlechter und sexuellen Orientierungen, alle Religionen und Weltanschauungen, sind aus allen Altersgruppen und aus allen Schichten. Wir kommen von überall, haben alle Hintergründe, mal definieren wir uns über sie, mal können wir damit nichts anfangen. Wir suchen weder ein altes noch einen neues Vaterland. Wir leben da und dort. Grenzen sind uns zu eng, sie passen nicht zu uns.

Wir wehren uns gegen die täglichen Anfeindungen, die schlechtere Bezahlung, die Diskriminierungen im Bildungs- und Sozialsystem und gegen die Vernichtung der Aufstiegschancen für uns und unsere Kinder. Wir wehren uns dagegen, immer mehr entrechtet zu werden, um weiterhin als billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stehen. Wir wehren uns gegen die unfähigen politischen Parteien und die brutale Exekutive.

Rassistische Antworten auf unsere Forderungen haben wir satt. Wir haben genug Kämpfe ausgetragen, um genau zu wissen, was Ausschlüsse bedeuten. Anstatt zu warten, nehmen wir jetzt unser Schicksal selbst in die Hand, leben in Solidarität und wollen Veränderung. Wir sind hier und wir bleiben hier. Und hier, wo wir gerade leben und arbeiten, wollen wir die gleichen Rechte und gute, gerechte Lebensbedingungen für Alle!

Am 1. März werden wir mobilisieren und irritieren, die Arbeit niederlegen und unsere Stimmen erheben. Nehmen wir diesen Tag zum Anlass, in Unterschiedlichkeit eine gemeinsame, neue Sprache zu finden. Wir laden alle ein, sich über Identitäten und Zugehörigkeiten hinaus an diesem Protest zu beteiligen und gegen Rassismus zu streiken. Machen wir Schluss mit der Trennung zwischen Wir und Ihr. Die Zukunft sind wir Alle!

Mit uns - gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.
Mit uns - für gleiche Rechte und für gleiche Privilegien für alle.

<http://www.1maerz-streik.net>

Solidarität mit den hungerstreikenden Migrant_innen in Griechenland

Seit 25. Jänner 2011 befinden sich in Griechenland 300 Migrant_innen in Hungerstreik. Das Vorbereitungstreffen für den transnationalen Migrant_innenstreik am 1. März in Wien erklärt sich solidarisch und unterstützt die Forderungen nach Legalisierung und für gleiche soziale und politische Rechte.

Überall auf der Welt kämpfen Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Ausschluss aus der Gesellschaft, den Ausschluss vom Arbeitsmarkt, gegen viele Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung. Diese Kämpfe für gleiche Rechte sind ein klares Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung. Hungerstreiks sind dabei eine oft gewählte Form des Widerstands. Sie wird vor allem dann ergriffen, wenn Menschen keine andere Möglichkeit sehen, als durch Einsatz ihrer Körper und der Gefährdung ihrer Gesundheit auf ihre Situation aufmerksam zu machen. In Griechenland ebenso wie in Österreich und vielen anderen Ländern finden seit Jahren Hungersteiks alltäglich statt.

Der Hungerstreik von 300 Migrant_innen in Athen und Thessaloniki als gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Aktion provozierte von Anfang an die Herrschenden, die ihre schwer bewaffnete Polizei gegen Menschen in Bewegung setzten, die lediglich ihre Körper als "Waffen" einsetzen. Die Migrant_innen lassen sich dadurch nicht einschüchtern. Sie wollen nicht länger unsichtbar sein - deshalb haben sie diesen Protest am 25. Jänner 2011 gemeinsam begonnen: Mit der Forderung nach kollektiver Legalisierung all jener, die aufgrund ihrer Herkunft aus der griechischen Gesellschaft ausgeschlossen werden - Asylsuchende, Flüchtlinge ohne Anerkennung, illegalisierte Menschen, ausgebeutete Arbeitsmigrant_innen.

Das Vorbereitungstreffen für den transnationalen Migrant_innenstreik am 1. März in Wien erklärt sich solidarisch mit den Hungerstreikenden in Griechenland. Wir stehen auf eurer Seite!

Von der griechischen Regierung und Polizei verlangen wir die Einstellung der Repression gegen die legitimen Proteste und ein Ende der alltäglichen Ausgrenzung. Außerdem verurteilen wir die Kriminalisierung von Unterstützer_innen, die lediglich dazu dient, die breite Solidaritätsbewegung einzuschüchtern und Menschen davor abzuhalten, sich an den Protesten zu beteiligen.

Wir verlangen, dass die Forderungen der Migrant_innen in Griechenland und allen anderen Ländern der EU sofort umgesetzt werden. Es ist an der Zeit, die rassistische Ausgrenzung im Inneren ebenso zu beenden, wie an den Grenzen. Es ist an der Zeit, eine Wende einzuleiten: Hin zu gleichen Rechten und Privilegien für alle!

Für 1. März 2011 wird - wie bereits ein Jahr zuvor - zu einem transnationalen Migrant_innenstreik aufgerufen. An diesem Tag werden die Kämpfe von Migrant_innen gebündelt, um ihre Gemeinsamkeit sichtbar zu machen. Und wir wollen darauf aufmerksam machen: Diese Kämpfe sind für viele Menschen alltäglich und können nicht auf einen Tag reduziert werden.

Der Traum der hungerstreikenden Migrant_innen von gleichen Rechten und einem sorgenfreien Leben muss Realität werden!

Das Vorbereitungstreffen für den transnationalen Migrant_innenstreik am 1. März in Wien
10. Februar 2011

Weitere Informationen: <http://no-racism.net/thema/114>
<http://hungerstrike300.blogspot.com> - <http://allilmap.wordpress.com>
<http://clandestinenglish.wordpress.com> - <http://w2eu.net>

Hungerstreik in Griechenland: Es ist Zeit zu handeln

"Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden - wie die Griechen. Wenn wir Papiere bekommen, werde ich keine Angst mehr vor der Polizei haben und ich kann legal mit Versicherung arbeiten. Aber den größten Teil der Zeit denke ich nun: Was wird passieren, wenn der Staat keine Antwort gibt?"
(Arqal, einer der Hungerstreikenden in Athen)

Seit dem 25. Januar sind 300 Migrant_innen in Athen und Thessaloníki im Hungerstreik. Viele von ihnen leben seit über sechs Jahren in Griechenland. Die meisten haben bei der Ernte gearbeitet - alle von ihnen unter extrem problembehafteten Bedingungen. Ohne Papiere zu sein bedeutet: keine Krankenversicherung, nicht ausgezahlte Löhne, keine Möglichkeit zu reisen...

Sie haben sich entschieden, einen Hungerstreik zu beginnen, um die bedingungslose Legalisierung aller Migrant_innen in Griechenland zu fordern. Eine große Gruppe von Hungerstreikenden kam mit dem Schiff aus Kreta. Unterstützer_innengruppen nahmen die Migrant_innen am Hafen Piräus in Empfang und alle zusammen zogen dann zu einem leeren Gebäude der Universität im Zentrum Athens. Es wurde ein Universitätsgebäude ausgewählt, weil es seit dem Ende der Militärdiktatur, als Soldaten mit Gewalt in die polytechnische Universität eindrangen, der Polizei verboten ist, Universitätsgelände zu betreten (Universitätsasyl) - aber im Fall der protestierenden Migrant_innen wurde das Universitätsasyl nicht respektiert. Nach Verhandlungen zogen die Hungerstreikenden dann in ein Gebäude in der Nähe der Universität um.

Aber die Regierung hat sich bisher nicht bewegt. Der Hungerstreik befindet sich an einem entscheidenden Punkt. Jeden Tag werden die Hungerstreikenden schwächer. Jeder Tag bringt dramatischere Entwicklungen. Am Freitag brach Hassan, einer der Hungerstreikenden, während einer Pressekonferenz zusammen:

Wie Sie genau wissen, ist heute der 25. Tag des Hungerstreiks. Bislang haben wir keine Antwort von der Regierung erhalten. Niemand hat gesprochen. Worauf wartet die Regierung? Wartet sie darauf, dass wir sterben?

Nachdem er diese Worte gesprochen hatte, erlitt Hassan einen hypoglykämischen Schock und wurde bewusstlos. Der Vorfall verdeutlicht die extreme Situation der Streikenden, die sich mittlerweile seit mehr als einen Monat in einem strikten Hungerstreik befinden und nur Wasser, Zucker und Salz zu sich nehmen. Zahlreiche Hungerstreikende mussten mittlerweile ins Krankenhaus, viele stehen vor schweren Gesundheitsproblemen. Aber bisher bewegen sich die Behörden nicht, um die Forderung nach Legalisierung zu erfüllen. Es ist Zeit, zu intervenieren, ehe es zu spät ist. Damit es keine Toten gibt.

Die Welle der Unterstützung für die Hungerstreikenden ist enorm geworden: Von Angehörigen von Institutionen bis zu Gewerkschaften, Hunderten von Künstler_innen und Intellektuellen - Tausende von Unterstützer_innen in Griechenland und im Ausland stellen sich solidarisch an ihre Seite. Aber offensichtlich benötigt die Regierung mehr Druck - daher liegt es nun ebenfalls an euch.

Was ihr tun könnt:

- Schickt Protestschreiben, -faxe und E-Mails an die griechischen Ministerien für Inneres, für Bürgerschutz und für Gesundheit und an die lokale griechische Botschaft und die griechischen Konsulate (Adressen: http://www.learn4good.com/travel/greece_embassies.htm)
- Unterstützt die Verbreitung in den Medien und schickt Presseerklärungen an die lokalen, regionalen, überregionalen und europäischen Medien.
- Schickt Kopien eurer Presse- und Solidaritätserklärungen an: hungerstrike300@espiv.net
- Leitet diese Nachricht in euren Netzwerken weiter und fordert andere auf, ebenfalls zu handeln.

Aufruf zu Betriebsversammlungen am 1. März 2011

Liebe Betriebsräte, liebe KollegInnen,

Immer häufiger sind Betriebsräte und gewerkschaftliche MitarbeiterInnen mit demokratiefeindlichen Einstellungen konfrontiert. Rechtes Denken und rassistische Einstellungen sind in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen und betreffen uns unabhängig von Herkunft oder Status.

RechtspopulistInnen besetzen „im Kampf um die Straße“ zunehmend sozialpolitische Themen. Sie wollen soziale Abstiegsängste der Menschen mobilisieren, knüpfen an neoliberale Ideen an und nutzen Ungerechtigkeitsempfinden und Protest gegen die Folgen der Krisenpolitiken. Extreme Rechte greifen soziale Forderungen auf und besetzen sie mit ihrer alten Ideologie: Schuldzuweisungen an „AusländerInnen“ und Forderungen nach einer „nationalen“ Volksgemeinschaft.

In den Betrieben sind Ausgrenzung, Spaltung und Entsolidarisierung die Folgen. Häufig führt dies zur Unsicherheit, wie gegen ultra-nationalistische, antisemitische oder rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen vorgegangen und Stellung bezogen werden kann.

Am 1. März organisieren sich weltweit MigrantInnen gegen Diskriminierung, soziale Ausschlüsse und Rassismus. An diesem Tag wollen wir in Österreich den Grundstein für einen breiten Zusammenschluss legen, um eine Wende der Politik gegenüber MigrantInnen einzuleiten. Unsere Motto ist: Wir sind hier und wir bleiben hier! Und hier, wo wir gerade leben und arbeiten, wollen wir die gleichen Rechte und gute, gerechte Lebensbedingungen für Alle! Am 1. März werden wir mobilisieren und irritieren, die Arbeit niederlegen und unsere Stimmen erheben. Wir laden alle ein, sich an diesem Protest zu beteiligen und gegen Rassismus zu streiken!

Am 1. März geht es um das Sichtbarmachen und Stärken, um die Erarbeitung von Konzepten für ein solidarisches Miteinander im Betrieb. Damit wollen wir an diesem Tag diese Themen zum Gegenstand der betrieblichen Öffentlichkeits- und Interessenvertretungsarbeit machen. Wir wollen zum aktiven Handeln ermutigen und gegen eine Politik der Spaltung im gewerkschaftlichen und betrieblichen Handlungsraum auftreten.

Deswegen laden wir Euch ein, am 1. März an dem Aktionstag teilzunehmen und zu Betriebsversammlungen aufzurufen. Es freut uns sehr, dass bereits drei Betriebe sich entschieden haben, an diesem Tag eine Betriebsversammlung abzuhalten.

Wir machen Schluss mit der Trennung zwischen Wir und Ihr. Die Zukunft sind wir Alle!
Mit uns – gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.
Mit uns – für gleiche Rechte und für gleiche Privilegien für alle.

1. März – Transnationaler MigrantInnenstreik!
Kundgebung um 17 Uhr: 1100 Wien, Viktor-Adler-Markt

An diesem Tag könnt Ihr

- in Eurer Arbeitsstelle, den Betriebsrat dazu bewegen, die Betriebsversammlung an dem Tag abzuhalten
- Plakate und Informationsblätter über den Aktionstag in Euren Betrieben austeilen oder aufhängen/auflegen
- gemeinsam mit Euren Kolleg_innen zur Kundgebung am Viktor Adler Markt kommen



- Eure Bekannten und Freund_innen anschreiben, die eine Betriebsratsfunktion haben und sie von der Bedeutung dieser Aktion überzeugen
- Diesen Aufruf an Eure Bekannte weiterleiten.

Seid dabei!

Wir senden Euch gerne Material zum Thema, wie Ihr an diesem Tag die BV gestalten kannst. Wenn Ihr an der Aktion teilnimmt, bitte schickt uns eine Email, damit wir diese Aktion sichtbar machen können

Schreibt an die folgende Emailadresse: 1.maerz.bv@remove-this.gmail.com

Der transnationale MigrantInnenstreik 2011 in Italien

In Italien sind in Rom, Neapel, Reggio Emilia, Triest, Brescia, Florenz, Cagliari und in zahlreichen anderen Städten Aktionen und Demonstrationen geplant.

MigrantInnen versammeln sich mit Organisationen der Prekären, der Studierenden, der MetallarbeiterInnen-gewerkschaft Fiom und dem Gewerkschaftsbund Uil, welche ihrerseits zum Streik aufrufen in ganz Italien, um sich gemeinsam gegen die rassistischen Ausschlüsse und die rechte Regierung von Silvio Berlusconi zu wehren. [1]

Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach gleichen Rechten, offenen Grenzen und der Abschaffung des Bossi-Fini Gesetzes, welches Aufenthalts- und Arbeitsrecht miteinander verknüpft und den ArbeitgeberInnen in Haushalten und Firmen damit erpresserische Mittel in die Hände legt. Weiters ist dieses Gesetz auch Grundlage für die Einrichtung der CIE, der so genannten "Abschiebezentren". [2]

Auch schließt der 1. März an die Kämpfe von MigrantInnen in Mailand und Brescia an, die die Regularisierung aller Illegalisierten fordern, die seit 2009 nur mehr Haushaltshilfen und Pflegekräften ermöglicht wird. Diese neue Regelung ermöglicht sich als scheinarbeitgeberInnen Ausgebenden jede Möglichkeit von Betrug an Illegalisierten, welchen gegen hohe Summen eine Regularisierung erlaubende Arbeitsbescheinigung versprochen wird. Nach Ausbleiben der versprochenen Zahlung wird aus Angst vor Repressalien vor einer Anzeige in der Regel zurückgeschreckt. [3]

Der diesjährige 1. März steht in Italien und besonders in Palermo im Zeichen des solidarischen Gedenkens an Nouredin Adnan, ein in Palermo lebender und arbeitender marrokanischer Straßenverkäufer, der sich aus Verzweiflung über ständige rassistische Kontrollen der Polizei und der Konfiszierung seiner Waren mit Benzin übergoss, sich anzündete und seinen schweren Verletzungen acht Tage darauf erlag. [4]

[1] <http://primomarzo2010.blogspot.com/2011/02/primomarzo-la-fiom-e-con-noi.html>,
<http://primomarzo2010.blogspot.com/2011/02/anche-lusi-assicura-la-copertura.html>

[2] http://www.globalproject.info/it/in_movimento/Venezia-solidale-accogliente-cosmopolita-No-al-CIE-ne-a-Campalto-ne-altrove/7463

[3] <http://immigratimilano.blogspot.com>

[4] <http://primomarzo2010.blogspot.com/2011/02/il-primomarzo-in-memoria-di-noureddine.html>



'On en a marre!' - 'Wir haben die Schnauze voll davon!' *

In Frankreich wurde bereits vor einem Jahr, am 1. März 2010, zum ersten Mal ein MigrantInnenstreik organisiert. Nach dem Vorbild der Massenproteste in den USA im Mai 2006 rief das Kollektiv "24h ohne uns" über die Internetplattform <http://la-journee-sans-immigres.org> am "Tag ohne MigrantInnen" zu Arbeitsniederlegung und Konsumboykott auf. Der konkrete Auslöser für die Initiative des etwa 10-köpfigen migrantischen Kollektivs war die Aussage des französischen Innenministers Brice Hortefeux gegenüber einem jungen Parteimitglied maghrebinischer Herkunft, dass die Anwesenheit eines solchen Menschen nicht schlimm sei, es jedoch zu Problemen komme, wenn es viele davon seien ("Quand il y en a un, ça va. C'est quand il y en a beaucoup qu'il y a des problèmes"). Dies stellte jedoch nur den vorübergehenden Höhepunkt des vorherrschenden, rassistischen und stigmatisierenden Diskurses gegenüber MigrantInnen in Frankreich dar. So wurde der 1. März 2010 auch deshalb als Streiktag gewählt, um an das fünf Jahre zuvor beschlossene Einwanderungsgesetz "CESEDA" zu erinnern, mittels dessen ein Migrationsregime etabliert worden war, das ausschließlich auf ökonomischen Nützlichkeitskriterien basiert - vergleichbar mit der Einführung der "Rot-Weiß-Rot-Karte" in Österreich.



Vor diesem Hintergrund bestand das zentrale Ziel des Kollektivs und dessen UnterstützerInnen vor allem darin, gegen den Diskurs über migrantische ArbeiterInnen und Sans-Papiers aufzutreten und die wesentliche Rolle von MigrantInnen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in Frankreich sichtbar zu machen. Trotz nur sechs Monaten Vorbereitungszeit gelang es den AktivistInnen am 1. März 2010 denn auch, etwa 7000 Menschen in ganz Frankreich zu mobilisieren. In insgesamt mindestens 17 Städten (Paris, Nice, Marseille, Villeneuve sur Lot, Lille, Rennes, Nantes, Amiens, Orléans, Lyon, Reims, Verdun, Saint-Etienne, Nancy, Toulouse, Montpellier, Straßburg) fand eine Bandbreite von Sit-ins, Diskussionsveranstaltungen, Solidaritätskonzerte uvm. statt. Alleine in Paris versammelten sich etwa 3000 Menschen zu Kundgebungen vor dem Panthéon und dem Rathaus. Auch wenn die Beteiligung französischer Gewerkschaftsverbände auf Solidaritätserklärungen beschränkt blieb, konnte somit ein kämpferisches Signal gegen Rassismus und für gleiche Rechte für ALLE gesetzt werden.

Ein Signal, das auch heuer, am 1. März 2011, wieder in Frankreich gesetzt werden wird: Das sehr breite Bündnis "1er mars. La journée sans les immigrés" plant erneut Aktionen in ganz Frankreich. Die Breite dieses Bündnisses schlägt sich dabei auch in den Forderungen nieder. Bereits im Vorfeld des 1. März wurde eine Onlinepetition verfasst, in dem das Ende von Stereotypisierung und Kriminalisierung gefordert wird. Dieser ganz online unterzeichnet werden, siehe <http://la-journee-sans-immigres.org>.

In Saint Etienne findet um 16.00 ein Runder Tisch mit verschiedenen ExpterInnen zum Thema Migration statt, im Anschluss daran wird in Saint Etienne gefeiert. Ähnliches ist auch in Paris geplant, um 12.00 findet ein Flashmob am Place de la Bourse statt, bevor zu einer Diskussion und einer kleinen Abschlussfeier mobilisiert wird. In Lyon findet ebenfalls von 12.00 bis 14.00 ein Flashmob statt, anschließend werden die AktivistInnen nach St. Etienne zur Diskussionsveranstaltung fahren. Auch in Marseille, Toulouse, Lille und Orléans sind Flashmobs geplant. In ganz Frankreich rufen die OrganisatorInnen dazu auf, eine gelbe Schleife als Zeichen der Solidarität zu tragen, an diesem Tags nicht zu Konsumieren und auch auf Twitter, Facebook und anderen sozialen Netzwerken sichtbar zu machen, dass der 1. März der Kampftag für Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle ArbeiterInnen ist.

* Das Zitat im Titel dieses Artikels stammt von einem_r französischen Aktivist_in im Interview anlässlich des transnationalen MigrantInnenstreiks im Jahr 2010.

Zur Geschichte des 1. März

Angeregt von Massenprotesten in den USA, wurde am 1. März 2010 zum ersten mal zum transnationalen Migrant_innenstreik aufgerufen. Vor allem in Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland kam es zu Arbeitsniederlegungen und umfangreichen Protesten. Eine kurze Geschichte im Vorfeld des 1. März 2011.

Die Idee für einen transnationalen Migrant_innenstreik am 1. März geht auf Massenproteste in den USA zurück, deren Höhepunkt der "Tag ohne Migrant_innen" am 1. Mai 2006 bildete, an dem sich über eine Millionen Menschen beteiligten. Die Proteste richteten sich über Monate hindurch gegen die massiven Verschärfungen der Asyl- und Einwanderungsgesetze - diese führten einerseits zu Illegalisierung und Kriminalisierung von vielen Migrant_innen, andererseits zu drastischen Repressionen gegen Menschen ohne Papiere, die bis heute andauern.

In Europa führten ebenso Verschärfungen der Gesetze - nicht zuletzt im Rahmen der "Harmonisierung der Migrations- und Asylgesetze" in der EU - zu einer lang anhaltenden Protestwelle und zur Organisierung von Aktivist_innen und Migrant_innen. In Frankreich und Italien, aber auch in Spanien und Griechenland, wurde der 1. März 2010 zu einem "Tag ohne uns" erklärt. Durch den Aufruf, an diesem Tag die Arbeit niederzulegen und einen Konsumboykott durchzuführen, sollte darauf hingewiesen werden, dass Migrant_innen zwar wesentlich zum Funktionieren der Wirtschaft sowie zum sozialen und kulturellen Leben beitragen, ihnen aber gleichzeitig zentrale Rechte vorenthalten werden. Der 1. März sollte an die einige Jahre zuvor an diesem Tag beschlossene Reform des Einwanderungsgesetzes in Frankreich zu erinnern, wodurch ein auf ökonomische Nützlichkeitskriterien basierendes Migrationsregime etabliert wurde - ähnlich wie mit der Einführung der "Rot-Weiß-Rot-Karte" in Österreich.

An diesem "Tag ohne uns" wurden Dutzende Betriebe bestreikt, Zehntausende gingen auf die Straße und demonstrierten gegen rassistische Diskriminierungen und für gleiche Rechte. 2011 sollen diese Proteste noch ausgeweitet werden. Der 1. März soll sich als antirassistischer Aktionstag etablieren, an dem Migrant_innen als politische Subjekte auftreten und sich gemeinsam gegen die herrschenden Politiken der Ausbeutung und Diskriminierung zur Wehr setzen.

Der 1. Mai 2006 in den USA

Mittlerweile wird weltweit der 1. Mai zelebriert, außer in den USA und Kanada, dem historischen Ausgangspunkt dieser Proteste, so ein Bericht auf chicago.indymedia.org. Doch das änderte sich in diesem Jahr:

That epic battle for workers' rights and dignity was in large part carried out and led by immigrant workers in Chicago. Now, 120 years later, hundreds of thousands of immigrant workers, their families, friends, neighbors and co-workers will return to the city streets on May Day to demand full justice, equality and dignity for undocumented workers threatened with criminalization and deportation by anti-immigrant legislation now being debated in the US House and Senate.

120 Jahre nach dem Aufruf zum Generalstreik in den USA wurde zum "Great American Boycott 2006 ... A Day without Immigrants" aufgerufen. Der Aufruf beinhaltet einen landesweiten Boycott und Streik - keine Arbeit, keine Schule, kein Kauf, kein Verkauf - am 1. Mai 2006. In über 60 Städten in den USA wurden mehr als 100 Mayday Aktionen angekündigt. Der Hintergrund sind zahlreiche Proteste in den letzten Wochen und Monaten gegen weitere Verschärfungen der rassistischen Gesetzgebung. Und wieder sind es vor allem die ArbeiterInnen, die Ausgebeuteten, die für ihre Rechte auf die Straße gehen. Denn in vielen Bereichen sind es gerade die EinwanderInnen, die den Wohlstand in der us-amerikanischen Gesellschaft sichern.

Die kritisierten Gesetzesvorlagen (Sensenbrenner Act / HR 4437; Specter Bill) erklären illegalisierte ImmigrantInnen zu StraftäterInnen und kriminalisieren alle, die ihnen Hilfe und Unterstützung leisten. Geplant sind die verstärkte Militarisierung der US-Mexikanischen Grenze, der Bau eines 700 Meilen langen Zauns und der Ausbau von Internierungscamps. Unmittelbar sehen 11 Millionen in den USA einer Illegalisierung, Internierung und Deportation allein durch die Implementierung der HR 4437 ausgesetzt. Dagegen regt(e) sich massiver Widerstand (siehe Proteste für ImmigrantInnenrechte in den USA), doch es kam auch schon zu ersten Massenverhaftungen.

So geschehen im Rahmen der bisher größten Razzia gegen undokumentierte ArbeiterInnen am 20. April 2006, die "Homeland Security" und lokalen Polizeibehörden parallel in 26 Bundesstaaten durchgeführten. Dabei wurden 1,187 Leute von ihren Arbeitsplätzen weg verhaftet und mindestens 275 Leute umgehend nach Mexiko deportiert. Die anderen wurden in verschiedene Internierungslager gebracht, vor denen es in der Folge zu Protesten von Angehörigen und UnterstützerInnen kam. (siehe Bericht auf indybay.org)

Am 1. Mai 2006 folgten mehrere Millionen Menschen in den USA und dem angrenzenden Mexiko dem Boykottaufruf für die Rechte der MigrantInnen und beteiligten sich an zahlreichen Massendemonstrationen. Allein in Chicago (700.000!), LA (450.000), San Francisco (100.000), San Jose (100.000) und New York waren zum wiederholten Mal jeweils Hunderttausende auf den Beinen. In mindestens 50 weiteren Städten demonstrierten einige Hundert bis zu Zehntausenden. In LA wurde der Hafen blockiert, landesweit wurde gestreikt. Viele Geschäfte blieben geschlossen. Somit wurden am 1. Mai die seit einigen Wochen anhaltenden Massenproteste gegen die Verschärfungen der rassistischen Gesetzgebung erfolgreich fortgesetzt.

Italien: Aus dem Schatten treten

Am 1. März 2010 fanden an mehreren Orten in Europa koordinierte Proteste von MigrantInnen statt. Im folgenden die Dokumentation eines Thesenpapiers aus Norditalien, wo sich am »Tag ohne MigrantInnen« viele Menschen beteiligten.

Für den 1. März 2010 hatte das Koordinierungskomitee migrantischer ArbeiterInnen italienweit zum Streik aufgerufen. Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen am »Tag ohne MigrantInnen« sollten - ähnlich wie 2006 in den USA - deutlich machen, dass und wie sehr der moderne Kapitalismus auf prekarierte, oft von MigrantInnen ohne Papiere geleistete Arbeit angewiesen



ist. Skeptische Stimmen gab es genug - umso beeindruckender sind erste Berichte über die Beteiligung: Mehrere 10.000 Menschen, darunter viele Frauen und Junge, waren - ob mit oder ohne Papiere - auf der Straße; in Bologna wurden vier, in Brescia 50 Betriebe bestreikt und die Produktion lahm gelegt. Dokumentieren der Übersetzung des Thesenpapiers, das das Koordinierungskomitee zum 1. März vorbereitet hatte:

1. In Italien wie in ganz Europa stellen MigrantInnen nicht nur in zunehmendem Maße einen bedeutenden Teil der Arbeitskräfte dar - und zwar sowohl numerisch als auch in Bezug auf die Produktion. MigrantInnen sind darüber hinaus auch, wie alle ArbeiterInnen, Teil der Kämpfe und der Streiks zur Verteidigung der ArbeitnehmerInnenrechte. Kein Arbeitskampf kann heute darauf verzichten, der zentralen Bedeutung migrantischer Arbeit Rechnung zu tragen.

2. Die Zuwanderungsgesetzgebung ist daher ein bedeutender Teil der Arbeitsgesetzgebung. Das vom Turco-Napolitano-Gesetz schon vorbereitete Bossi-Fini-Gesetz¹ bindet die Aufenthaltsgenehmigung an den Arbeitsvertrag. So schafft es - neben den unzähligen Formen im Vertrag angelegter Prekarisierung - ArbeiterInnen, die erpresst werden können, weil auch ihr Bleiberecht ein prekäres ist: Wer gefeuert wird, verliert auch ihre bzw. seine Aufenthaltsgenehmigung. Auf diese Weise hat das Bossi-Fini-Gesetz die gesamte ArbeiterInnenschaft geschwächt.

3. Das sogenannte »pacchetto sicurezza« (Sicherheitsgesetz) ist, ähnlich wie das Bossi-Fini-Gesetz, eine Reaktion der Regierung, mit der sie die ArbeiterInnen zwingt, für die Krise zu zahlen. Der institutionelle Rassismus, dessen Ausdruck dieses Gesetz ist, und die Illegalität, die es schafft, setzt MigrantInnen noch offensiver als zuvor jeglicher Form der Erpressung aus.

4. Die Krise trifft alle, sie unterscheidet nicht nach Hautfarbe. Sowohl MigrantInnen als auch heimische ArbeitnehmerInnen zahlen den Preis. MigrantInnen sind jedoch nicht nur von jeder Form von Sozialversicherung ausgeschlossen, sie können auch ausgewiesen werden. Zugleich spaltet der institutionelle Rassismus die ArbeiterInnen, indem er die einen davon überzeugt, dass er sie schützt, weil er die anderen sowohl von der Arbeit als auch des Landes verweist (währenddessen exportieren die Damen und Herren ihr Kapital, um anderswo migrantische Arbeit auszubeuten).

5. Die Centri di identificazione ed espulsione (wörtlich: Identifikations- und Abschiebezentren; ehemals Abschiebegefängnisse - CPTs) fungieren als »Sicherheitsventil« für den Arbeitsmarkt. Wenn die Nachfrage sinkt, wird die darüber hinausgehende migrantische ArbeiterInnenschaft illegalisiert (denn gefeuert zu werden bedeutet, illegal zu werden) und ausgewiesen. Die zunehmende Dauer der Inhaftierung lässt sich mit der Krise erklären: MigrantInnen werden mittlerweile bis zu sechs Monate innerhalb des Landes »ausgewiesen«, bevor sie außerhalb der Landesgrenze abgeschoben werden.

6. Diese Gesetze bekämpfen Illegalität nicht, sie schaffen sie. Die, die ihre Arbeit verlieren, verlieren auch ihre Aufenthaltsgenehmigung. Selbst MigrantInnen, die das Aufenthaltsrecht haben, befinden sich in einem Zustand zwischen Legalität und Illegalität, weil es so lange dauert, bis ihre Papiere verlängert werden. Auf diese Weise nimmt das Ausmaß informeller, jeglicher vertraglicher oder rechtlicher Garantien beraubter Arbeit zu. Informelle migrantische Arbeit stellt das Modell für die zunehmende Informalisierung der Arbeit insgesamt dar, denn jeden Tag wird mehr Arbeit einzig und allein durch das Machtverhältnis zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen geregelt. Aus diesem Grund werden die meisten Ausweisungen nicht vollzogen, Ausweisungen sind viel eher ein Instrument, um MigrantInnen zu erpressen.

7. Die Arbeit migrantischer Frauen in den Haushalten und in der Pflege ist der Moment, an dem dieser Prozess am offensichtlichsten wird. Hier zeigt sich, dass das gesellschaftliche System der Produktion und Reproduktion migrantische Arbeit braucht; dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die verlangt, dass Frauen die Haushalts- und Pflegearbeit erledigen, eine institutionalisierte und bezahlte ist; dass es nicht reicht, die bestehenden Tarifverträge und -regelungen zu verteidigen: Es ist dringend geboten Formen des Kampfes zu finden, die dem Prozess der Informalisierung der Arbeit gewachsen sind.

8. Aufgrund der erschwerten Voraussetzungen für eine Familienzusammenführung oder zur Erlangung der StaatsbürgerInnenschaft sind MigrantInnen, die berechtigt sind zu bleiben, zunehmend isoliert und zu einem temporären Aufenthalt gezwungen. Die, die bleiben, wissen, dass ihre Zukunft vorgezeichnet ist: Ihre Kinder müssen rassistische Zugangsbeschränkungen zu Schulen hinnehmen, und diese Beschränkungen hindern sie daran, einen Ausweg aus den Arbeitsverhältnissen zu finden. Alte ArbeiterInnen werden nie ihre Rente beziehen. Angesichts der Krise verfolgt die Regierung die Strategie, die Sozialkosten so gering als möglich zu halten. Und diese Strategie

erklärt, warum MigrantInnen, die beschließen, das Zuzugsland zu verlassen, die Sozialbeiträge, die sie all die Jahre gezahlt haben, nicht zurück bekommen. An den MigrantInnen wird ein allgemeiner Angriff auf das Wohlfahrtssystem vorweggenommen, der alle ArbeiterInnen betrifft.

9. Angesichts all dieser Tatsachen ist es notwendig, nicht nur gegen Entlassungen oder zur Verteidigung einzelner Verträge zu kämpfen. Zukünftige Arbeitskämpfe müssen vielmehr die Forderung nach der Abschaffung des Bossi-Fini-Gesetzes und nach Legalisierung aller MigrantInnen beinhalten. Die Kämpfe der MigrantInnen müssen Eingang in den Arbeitsplatz finden, müssen Teil des gemeinsamen Kampfes aller ArbeiterInnen werden.

10. Die Krise ebnet den Weg für eine allgemeine Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse. Die ArbeiterInnen zahlen den Preis für die Krise nicht nur mit Entlassungen und dem Überflüssig-Gemacht-Werden, sondern auch mit einem weiteren Angriff auf ihre Fähigkeit zur Organisation und ihre Macht. Heute wird ein Großteil dieses Spiels auf dem Rücken der MigrantInnen ausgetragen. Dem müssen wir deutlich begegnen: mit einem Streik migrantischer Arbeit, der als Streik aller, italienischer und migrantischer, ArbeiterInnen wahrgenommen wird - gegen Rassismus und das Bossi-Fini-Gesetz.

Übersetzung des Thesenpapiers von Dagmar Fink, zuerst erschienen in express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 2/10, online auf <http://afrique-europe-interact.net>.



Schüchterner Auftakt: Zum ersten Migrant_innen Streiktag am 1. März 2010 in Frankreich

In Frankreich fiel der Migrant_innen streik am 1. März 2010 wesentlich symbolischer und weniger handfest aus als Italien: Geschlossene Betriebe gab es (anders als südlich der Alpen) nicht und die größte Kundgebung zum Thema fand mit rund 2.500 Teilnehmer/inne/n in Paris statt.

Dies liegt aber im Wesentlichen daran, dass die Initiative noch in den Kinderschuhen steckt: Das Kollektiv, das den "Tag ohne uns" vom 1. März 10 hinter den Kulissen organisierte, zählt nur etwa zehn Mitglieder. Den Anstoß hatten die Geschichtslehrerin Peggy Derder, der Journalist Nadir Dendoune und die Journalistin Nadia Lamarkbi im vergangenen Herbst gegeben (vgl. <http://www.rue89.com/> oder <http://www.lesinrocks.com/a>). Seit November 2009 war eine Homepage für den "Tag ohne Immigrant_innen" eingerichtet worden (vgl. <http://www.la-journee-sans-immigres.org>). Aber die Initiative blieb bis kurz vor dem 1. März dieses Jahres in breiten Kreisen unbekannt. Allein das französisch-marokkanische Monatsmagazin - auf Hochglanzpapier - Le Courier de l'Atlas hatte ihr, im Februar 2010, eine Titelstory und ein Dutzend Seiten gewidmet.

Fünf Gewerkschaftsverbände (die in etwa sozialdemokratische CFTD, die Bildungsgewerkschaft FSU, die linksalternative Union Syndicale Solidaires - das ist der Zusammenschluss der SUD-Gewerkschaften - die UNSA und die linke Richter_innengewerkschaft Syndicat de la Magistrature) verabschiedeten dicht vor dem 1. März 2010 eine Erklärung; da sie aber laut Kritiker_innen sonst auf Verbandsebene nicht viel unternahmen, um den Streik zum Erfolg werden zu lassen, sprechen innergewerkschaftliche kritische Stimmen von "einem Text fürs gute Gewissen" (vgl. <http://www.visa-isa.org/node/437>).

Kurz vor dem Stichdatum änderte sich die Wahrnehmung der Initiative, und das Medienecho war plötzlich da: Die liberale Pariser Abendzeitung Le Monde machte in ihrer Wochenendausgabe vom 27./28. Februar, die in Paris am Samstag Abend und im übrigen Frankreich sonntags erschien, ihre Seite Eins zum Thema auf. Es folgten Radioberichte. Um am folgenden Montag einen Streiktag zu organisieren, der sowohl die Produktion als auch den Konsum verlangsamen sollte, kam dies deutlich zu spät. Aber für künftige Jahre wird das Kollektiv nun möglicherweise einen genügend hohen Bekanntheitsgrad besitzen, um zu besser befolgten Arbeits- oder Konsumverweigerungs-Tagen aufrufen zu können.

Von Rechtsradikalen ironisch aufgegriffen

Auch von ausgesprochen unerbetener Seite kam übrigens lautstarker Applaus. Rechtsradikale Aktivist_innen des Bloc identitaire, einer außerparlamentarischen rechtsextremen Bewegung, begingen ihrerseits den 1. März unter dem Motto: "Ein Tag ohne Immigranten? Hurra! Eine gute Idee!" Sie verteilten Postkarten und Druckerzeugnisse, die den Eindruck erweckten, dies bedeute ungefähr so viel wie einen Tag mit leeren Gefängnissen (eine Propagandapostkarte des 'Bloc' zum Thema zeigt einen Gefängniswärter vor leeren Fluren: "Hallo, ist da noch einer?"), ohne brennende Autos und ohne Belästigung von Frauen in öffentlichen Transportmitteln zu veranstalten. Auf öffentlichen Plätzen in Lyon, Grenoble und anderen Städten oder auch mittels eines Transparents, das bei Bordeaux von einer Autobahnbrücke gehängt wurde - Aufschrift: "Lächeln Sie, heute ist Tag ohne Immigranten" - "feierten" Anhänger_innen des Bloc identitaire auf ihre Weise den 1. März. Ihre Propagandaaktivitäten lenkten unterdessen auch zusätzliche Aufmerksamkeit auf den Migrant_innenstreik selbst.

Zur Bedeutung migrantischer Arbeit

Doch was wäre, würde Frankreich wirklich ohne Einwanderer_innen und ihre Arbeitskräfte da stehen? Bestimmte Wirtschaftszweige, das ist notorisch, würden zusammenbrechen. Dies gilt insbesondere für das Baugewerbe, den Reinigungs- sowie den Hotel- und Gaststättensektor. Es ist kein Geheimnis, dass dies insbesondere daran liegt, dass vor allem Ausländer_innen "ohne Papiere", also Zuwanderer_innen mit illegalisiertem Status, darauf angewiesen sind, Arbeit zu finden, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Und oft unter Bedingungen beschäftigt werden, die andere Einwohner_innen des Landes nicht akzeptieren würden. In den vergangenen Jahren hat die Regierung, um Profilierung in ihrem "Kampf gegen illegale Einwanderung" bemüht, den juristischen Druck durch steigende Strafdrohungen auch auf die Arbeitgeber_innen erhöht. Allerdings gilt: Je wirtschaftlich bedeutender ein Sektor ist, desto weniger hat ein_e Arbeitgeber_in in Wirklichkeit etwas zu befürchten, falls er "Illegale" einstellt. Die Wochenzeitung 'Le Canarde enchaîné' berichtete vor nunmehr sechs Wochen über einen Reinigungsbetrieb im südlichen Pariser Umland, der 5.000 Personen beschäftigt, unter ihnen 600 Sans papiers, also Illegalisierte. Polizei und Gewerbeaufsicht waren seit längerem auf dem Laufenden, rühren aber keinen Finger: Die Struktur ist viel zu groß, als dass die Politik riskieren würde, so viele Lohnabhängige auf die Straße setzen zu lassen. Der Reinigungsbetrieb säubert übrigens auch den Elysée-Palast.

Nichtsdestotrotz fühlen auch einige Sektoren innerhalb der Arbeitgeber_innenschaft den Druck auf sich wachsen - da die staatliche Politik bisweilen, um Showeffekte bemüht oder wenn es den Erfordernissen der Wahlpolitik respektive (um mit Guy Debord zu sprechen) "des Spektakels" dient, eben doch auch gegen einzelne Arbeitgeber_innen vorgeht. Um die von ihnen beschäftigten "illegalen" Immigrant_innen zu treffen, wird auch der generelle Druck auf die Unternehmer_innen erhöht, um die materiellen Lebensgrundlagen der durch die Politik als unerbeten erklärten Einwanderer_innen zu beschneiden. Zumal sich die bürgerliche Rechte in einem politischen Wettlauf mit der extremen Rechten befindet. Und bei jener fordert Marine Le Pen mit sozialdemagogisch unterlegtem Tonfall, keine Gnade für die "neuen Sklavenhalter" walten zu lassen, die "illegale Ausländer" einstellen - das Wetter gegen die Arbeitgeber_innen, die sie

beschäftigen, dient dabei als Projektionsfläche, auch wenn das eigentliche Ziel darin besteht, "für französische Arbeitnehmer_innen reservierte Arbeitsplätze" zu fordern. Bisweilen muss die konservativ-liberale Rechte deswegen mitziehen, wenn es um (obwohl im Allgemeinen wirkungslose, doch im Konkreten nicht immer gänzlich folgenlose) Agitation im Namen des staatlich definierten "Gemeinwohls" gegen die "egoistischen" Einzelkapitalist_innen, die Sans papiers einstellen oder beschäftigen, geht.

Vor diesem Hintergrund kommt es in jüngster Zeit zu, nennen wir es: ungewöhnlichen Allianzen und Bündniskonstellationen. Denn ein (in dieser Frage, im Vergleich zur Politik von Staat und rechten Parteien, relativ "aufgeklärter" respektive "pragmatischer") Teil des Kapitals wendet sich zusammen mit dem für die 'Sans papiers' aktiven Teil der Gewerkschaften nun auch öffentlich gegen den Beißkrampf der rechten Politmacher_innen. Am 3. März 2010 unterzeichneten der Verband mittelständischer Unternehmen (die CGPME), der Wirtschaftsverband für "ethnisches Unternehmertum" Ethic, das Reinigungsunternehmen Véolia Propriété zusammen mit einer Reihe von Gewerkschaften - von links nach rechts ungefähr in folgende Reihenfolge zu bringen: Union syndicale Solidaires/SUD, FSU, CGT, UNSA und CFTD - eine gemeinsame Erklärung. Darin setzen sie sich für eine, laut der Formulierung in ihrem gemeinsamen Pressecommuniqué, "pragmatische, konstruktive und positive" Umgangsweise mit den Beschäftigten ohne legalen ausländer_innenrechtlichen Aufenthaltsstatus in Frankreich ein. Deren Beschäftigung in vielen Wirtschaftszweigen solle als "ökonomische Realität" anerkannt werden; und den Betroffenen soll es möglichst unbürokratisch erlaubt werden, an Aufenthaltstitel zu kommen, sofern ihre Anwesenheit einem realen Bedürfnis der Ökonomie entspricht. Die Ethic-Vorsitzende und Unternehmerin Sophie de Menton sprach von einer 'Green Card' für benötigte Arbeitskräfte, in Anlehnung an die gleichnamige Arbeitserlaubnis in den USA. (Der mittelständische Unternehmerverband - die CGPME - hat sich ein paar Tage später kurzzeitig leicht von dem Text distanziert; verneinte jedoch auf Nachfrage hin die Behauptung der Regierung, ihr sei eine Falle gestellt und der Text nur untergeschoben worden. Mutmaßlich mochte die CGPME nur nicht in der ersten Reihe stehen, um den Inhalt der Erklärung offensiv zu vertreten.) Selbige Erklärung wurde am Montag, den 8. März dann auch an die Regierung überreicht. Letztere versuchte das Ereignis aber zunächst schlicht zu ignorieren. Inzwischen hat das von Eric Besson geleitete Einwanderungsministerium jedoch bezüglich der Erklärung verlautbaren lassen, dass man sich mit ihr, nun ja, den Hintern abwischen werde: An der sehr selektiven und punktuellen "Legalisierungs"praxis für einzelne Lohnabhängige, die schon bislang verfolgt wurde, werde man "nichts ändern" (Vgl. <http://www.lemonde.fr> und <http://www.lemonde.fr> oder <http://www.lepoint.fr>).

Bleiben die anderen wirtschaftlichen Sektoren und die Frage, wie dort die Einstellungschancen für (die übrigen) Einwanderer_innen stehen. Lange Zeit war vor allem die Industriearbeit ein bevorzugtes Feld für "Ausländer_innenbeschäftigung", etwa die französischen Autofabriken. Dort wurden migrantische Arbeiter_innen lange Zeit als "Puffer" benutzt: In Krisenzeiten wurden sie zuerst entlassen, um den sozialen Unmut unter den "herkunftsfranzösischen" Arbeiter_innen einzudämmen. Doch wurde in den letzten Jahren zum Teil eine Gegenbewegung beobachtet: Vor dem Hintergrund des Abbaus von Industriearbeit und ökonomischer Umstrukturierung übernehmen die, im Industriesektor zuerst "abgebauten", Immigrant_innen oft eine Avantgarderolle bei der Entwicklung dieser neuen Dienstleistungsgewerbe. Sei es als Lohnabhängige oder als - neue - Selbständige. Le Monde vom 28. Februar/01. März führt an, dass etwa im Informatiksektor überdurchschnittliche 17 Prozent der Beschäftigten ausländische Staatsbürger_innen seien, und bei den Unternehmenszulieferer_innen im Dienstleistungsbereich 16 Prozent.

Artikel von Bernard Schmid für "trend onlinezeitung" 03/2010,
<http://www.trend.infopartisan.net/trd0310/t410310.html> (hier bearbeitet)



Informationen zum 1. März im Internet:

Wien:

<http://www.1maerz-streik.net>

<http://no-racism.net>

Italien:

<http://www.primomarzo2011.it>

<http://www.coordinamentomigranti.splinder.com>

<http://immigratimilano.blogspot.com>

<http://antirazzismo.wordpress.com>

<http://primomarzo2011rimini.blogspot.com>

<http://www.meltingpot.org/archivio1112.html>

<http://www.globalproject.info>

<http://www.zic.it>

<http://faceda1marzo.altervista.org>

Frankreich:

<http://www.la-journee-sans-immigres.org>

Griechenland 2010:

<http://protimartiou2010.blogspot.com>

Einladung

Treffen zur Nachbereitung des transnationalen Migrant_innenstreiks am 1. März 2011 in Wien und Überlegungen für künftige Aktionen:

Dienstag, 15. März 2011 um 19:00 Uhr im Amerlinghaus Stiftgasse 8, 1070 Wien

Weitere Informationen: <http://1maerz-streik.net>



festung europa widerstand gegen abschiebung deportatiNO

racism kills staatsrassismus kein abschiebep Praxis

fremdenrecht menschenrecht menschenrecht deportationclass

rassismus ist illegal grenzcamps

schubhaft dealerparanoia no border action open borders for everyone

alltagsrassismus bleiberecht für alle

bleibe recht für alle

no-racism.net

antirassismus antisemitismus debatte gender / queer

ueberwachung im schengenland migration gleiche privilegien für alle

IOM / ICMPD european homecare politische gefangene activism

gegen schwarzblau ekhbleibt

1. MARCH

Transnational
Migrant Strike Day
FOR EQUAL RIGHTS! AGAINST RACISM!

1. MÄRTIE

Grevă transnațională
a migrantilor
Pentru egalitatea în drepturi! Împotriva rasismului!

1º de MARCHZO

Huelga transnacional
de migrantes
POR LOS MISMOS DERECHOS!
EN CONTRA DEL RACISMO!

1. MÄREC

Transnacionálny štrajk
migrantiek a migrantov
ZA ROVNAKÉ PÁVA, PROTI RASIZMU!

1. MÄREC

Transnacionalna stavka
migrantk in migrantov
ZA ISTE PRAVICE! PROTI RASIZMU!

1. MÄRT

Ulusötesi Göçmen Grevi
EŞİT HAKLAR İÇİN! İRKÇILİĞA KARŞI!

1. MÄRT

Transnacionalni
štrajk migranata
ZA ISTA PRAVA! PROTIV RASIZMA!

Πρώτη Μαρτίου 2011

Δια-εθνική απεργία των
μεταναστικών και μεταναστών

Στάση εργασίας, διαμαρτυρία,
κοινωνική προβολή και αλληλεγγύη

Υπέρ των ίσων δικαιωμάτων!
Ενάντια στον ρατσισμό!

1º Marzo 2011

Sciopero transnazionale dei Migranti

Sciopero del lavoro, corteo pubblico,
visibilità, solidarietà

Per la parità dei diritti!
Contro il razzismo!

2011年3月1号

跨国移民集体罢工

停工, 街头抗议,
争取能见度, 团结一致

为了平等权利! 反对种族歧视!

抗议集会: 17点

Viktor-Adler-Markt, 1100 Wien

1 marca 2011

Transnacionalny strajk imigrantów i imigrantek

Strajk pracowniczy, protest uliczny,
uwaga publiczna, solidarność

Na rzecz równych praw!
Przeciwko rasizmowi!

Le 1er Mars 2011

Grève transnationale des travailleurs immigrés et sans-papiers

Arrêt de travail, Manifestation dans
la rue, Visibilité, Solidarité

Les mêmes droits pour tous!
Contre le racisme!

1 березня 2011 року

Міжнародний страйк мігрантів

Страйки на робочих місцях,
протести на вулицях, солідарність

За рівні права!
Проти расизму!

Március 1., 2011

Bevándorlók transznacionális sztrájkja

Munkabeszüntetés, utcai tüntetés,
láthatóság, szolidaritás

Egyen joguságért!
Rasszizmus ellen!

1-000 MÄRTA

Международная
забастовка мигрантов
ЗА РАВНЫЕ ПРАВА! ПРОТИВ РАСИЗМА!